

Empfehlungen des Ökosozialen Forums für das Pandemie-Folgen-Management in Österreich – Wegweiser für eine ökosoziale Risikovorsorge

1. September 2020

Ausgangslage

Die Covid-19-Pandemie und damit verbunden die Krisensituation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – von Gesundheit über Wirtschaft, Lebensmittelversorgung und Produktionsketten bis zu Bildung, Pflege und Umweltfragen – stellen die Menschen und die Politik in Österreich, Europa und der Welt vor Herausforderungen, für die Erfahrungswerte weitgehend fehlen.

Die Auswirkungen sind noch nicht vollständig abschätzbar. Die weitere Entwicklung hängt von verschiedenen, vielfach auch globalen Faktoren ab und kann daher sehr schwer prognostiziert werden. Dennoch kann die aktuelle Situation auch als Chance gewertet werden, um aus den bisherigen Erfahrungen Lehren für die künftige Entwicklung zu ziehen. Der wissenschaftliche Beirat des Ökosozialen Forums hat folgende Empfehlungen für die weitere Krisenbekämpfung der österreichischen Bundesregierung erarbeitet, um die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft auch mittelfristig weniger verletzlich durch Krisen zu machen.

Empfehlungen

1. Funktionsfähigkeit der Europäischen Union unterstützen und fördern

Europa ist nur dann ein ernstzunehmender globaler Player und kann seine Werte von Freiheit, Demokratie und sozialem Zusammenhalt nur dann absichern, wenn wir mit einer gemeinsamen Stimme sprechen und koordiniert und in europäischer Solidarität vorgehen. Nationale Egoismen schwächen uns alle. Ein starkes Europa ist in der aktuellen Krise von wesentlicher Bedeutung. Die Risikovorsorge für systemrelevante Güter und Dienstleistungen ist – im Vorhinein – auf europäischer Ebene zu diskutieren und zu koordinieren, um im Krisenfall auf funktionierende und tragfähige Strukturen zurückgreifen zu können.

Wir benötigen eine Verständigung über die Risiken, mit denen wir in Europa konfrontiert sind, sowie über die Mechanismen, die diese Risiken moderieren. Das Ökosoziale Forum empfiehlt daher der österreichischen Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für tragfähige Strukturen in systemrelevanten Bereichen einzusetzen. In allen als systemrelevant erkannten Bereichen (einschließlich der Koordination bei Grenzregimen, Gesundheits- und Klimapolitik wie auch der Nahrungsmittel- und Energieversorgung, der Logistik sowie der Infrastruktur für

Informations- und Kommunikationstechnologien etc.) sollen im europäischen Zusammenspiel Strukturen gefunden werden, die im Krisenfall funktionsfähig sind und die europäische Solidarität unterstützen – z. B. falls im Krisenfall nicht ausreichend medizinische, aber auch energetische Kapazitäten oder Versorgungsnetze im Nahrungsmittelbereich zur Verfügung stehen sollten. Dazu ist es nötig, schon vor etwaigen Krisen Vereinbarungen zu treffen, die Resilienz systemrelevanter Strukturen auszubauen und diese gesamteuropäisch zu finanzieren – das betrifft vor allem auch die Forschung und Entwicklung im medizinischen und technologischen Bereich. Ein solchermaßen auf europäischer Ebene abgestimmtes Vorgehen kann auch dazu beitragen, den globalen Kampf um wichtige Ressourcen (z. B. Impfstoffe) zu entschärfen.

Dazu soll ein europäisches Diskussionsforum/ein Konvent initiiert werden, um eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit zu erreichen und europäische Krisenabsicherungsmechanismen (mit den Nationalstaaten und den BürgerInnen) zu entwickeln. Ziel soll es sein, Solidaritäts- und Absicherungsmechanismen für systemrelevante Bereiche wie Daten- und Kommunikationsinfrastruktur, medizinische Versorgung (inkl. Prävention und Impfung), industrielle Infrastruktur, Lebensmittel sowie Logistik etc. zu entwickeln und eine faire Verteilung für den Krisenfall zu gewährleisten.

2. Klimaschutz als Leitmotiv der Krisenbekämpfung verankern.

Durch die globale Klimaerwärmung und – damit verbunden – häufiger werdende Extremwetterereignisse, Meeresspiegelanstieg, Begünstigung von Krankheiten sowie Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung aufgrund von Flächenverbrauch und Abholzung ist die Menschheit mit großen Veränderungen konfrontiert. Notwendig ist in dieser Situation eine rasche Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes, mindestens gemäß dem Pariser Klimaabkommen („netto null“ im Jahr 2050). Trotz der Auswirkungen, die in unserem Alltag schon spürbar werden, ist die Dringlichkeit noch nicht ausreichend im öffentlichen Diskurs angekommen und hat sich v. a. noch nicht in den politischen Maßnahmen niedergeschlagen.

Bei der Covid-19-Krise wurde deutlich, zu welch drastischen Veränderungen und Anstrengungen die Menschen fähig sind, wenn die entsprechende Dringlichkeit – auch durch die Unmittelbarkeit der Auswirkungen – erkannt wird. Diese Dringlichkeit ist angesichts der Klimaveränderungen gegeben. Auch Einzelereignisse (wie z.B. Dürre, Waldbrände oder Überschwemmungen etc.) können bereits mit relativ hoher Sicherheit analysiert werden. Ob sie auf den Klimawandel zurückzuführen sind, ist allerdings nicht allen Beteiligten und Betroffenen sofort einsichtig, der unmittelbare Handlungsdruck ist daher im Gegensatz zur Covid-Krise viel weniger gegeben.

Das Ökosoziale Forum fordert daher alle Mitglieder der Bundesregierung auf, die Gefahren des Klimawandels in ihrem Handeln und in ihrer Kommunikation nach außen zu berücksichtigen sowie der Dringlichkeit Rechnung zu tragen. Die Vision, Österreich zum ersten klimaneutralen Industrieland der Welt zu machen, kann dabei als positives Leitbild dienen und den Systemumbau leiten.

Eine Wirtschaft auf Basis nachwachsender Rohstoffe macht nicht nur die industrielle Produktion fit für die Zukunft, sondern erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und steigert die Lebensqualität der Menschen. Als Vorreiter für erneuerbare Ressourcennutzung kann Österreich eine europäische klima-neutrale Zukunft aktiv mitgestalten und Impulse im nachhaltigen Tourismus setzen. Ziel der Regierung sollte es sein, hier deutlich mehr als bisher eine Vorreiterrolle in Europa einzunehmen, aktiv Impulse zu setzen und durch eine entsprechende Kommunikation die (österreichische und europäische) Bevölkerung von der Notwendigkeit ambitionierter Klimaziele und konsequenten Handelns zu überzeugen. Durch diese Maßnahmen und die Motivation, andere zum Mittun zu bewegen, kann eine Verschärfung der Klimaproblematik verhindert werden.

3. Sämtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Auswirkungen sind ab sofort einem Ökosozial-Check zu unterziehen.

Die österreichische Bundesregierung hat auf die Covid-19-Gesundheitskrise und die daraus folgende Wirtschaftskrise rasch reagiert. Nach dieser ersten Welle an ökonomischen Reaktionen, die auf eine Abfederung des Lockdowns abzielten, geht es nun darum, die notwendigen Investitionsprogramme so zu gestalten, dass sie substantiell zu einer nachhaltigen und tragfähigen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Die finanziellen Mittel sind möglichst effizient einzusetzen, Stranded Costs zu vermeiden und gleichzeitig übergeordnete Ziele wie z. B. der soziale Zusammenhalt zu fördern sowie der Klimaschutz zu verwirklichen.

Das Ökosoziale Forum ruft daher die österreichische Bundesregierung auf, alle größeren Investitionsprogramme dahingehend zu prüfen, wie sie sich auf Umwelt, den sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Chancengerechtigkeit auswirken. Damit soll sichergestellt werden, dass nicht intendierte Nebeneffekte mit sozial oder ökologisch negativen Auswirkungen vermieden werden. Werden solche gleich zu Beginn mitbedacht – und laufend in einem parallelen Implementations-Check mit der Wissenschaft und Stakeholdergruppen beobachtet – können soziale oder ökologische Kollateralschäden vermieden werden. Dazu zählen soziale Schieflagen für benachteiligte oder Risikogruppen (Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Frauen, ältere Menschen etc.) oder, dass über Umwege fossile Ressourcen oder Produktionsbedingungen gefördert werden, die nicht dem europäischen Standard entsprechen.

Aufgrund der Herausforderungen der Zukunft sind Investitionen in Forschung & Entwicklung vor allem im Bereich der Medizin, Energie- und Lebensmittelversorgung sowie Technologie nötig, um den Standort Europa abzusichern und die Resilienz in diesen Bereichen durch entsprechendes Know-how und ausreichende Produktionskapazitäten zu erhöhen.